Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 474 — Jahrgang 214

Bezugspreis: monatlich Mk. 7.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5809 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Sonnabend, 15. Oktober

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 70 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Angst um die preußische Demokratie

Die Sozialdemokratie im preußischen Landtag gegen Dominicus — „Die Entsozialdemokratisierung des Ministers" — Eine laue Verteidigung

Severing will Innenminister werden

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen, unter ihnen die des Abg. Dr. Meyer (Komm.) wegen Mißhandlung des Strafgefangenen Max Hölz im Strafgefängnis Münster.

Regierungsseitig wird erwidert, Max Hölz habe in seiner Zelle getobt und trotz der Verwarnung durch den Direktor dies Verfahren fortgesetzt. Er sei von nun durch fünf erfahrene Wärter in die Beobachtungszelle gebracht, aber nicht mißhandelt worden. Möglich sei, daß er sich auf dem Transport gestoßen habe (stürm. Protest und Hohngelächter bei den Komm., in deren Verlauf Abg. Schulz-Köln einen Ordnungsruf erhält.). Die ärztliche Untersuchung ergab, daß, um weitere Erregung von ihm fernzuhalten, er in der Beobachtungszelle verbleiben müsse. Von Mißhandlungen könne keine Rede sein, ebensowenig von einem Strafaufschub. (Gelächter b. d. Komm.)

Es folgen **drei große Anfragen der Sozialdemokraten über die Pressepolitik des Ministers Dominicus,** über das Vorgehen des statistischen Landesamtes gegen Angestellte, die eine schwarzrotgoldene Fahne gehißt hatten, sowie über die Anschuldigungen gegen das Breslauer Polizeipräsidium.

Abg. **Krüger** (S.) betont bei seiner Begründung, der Ministerpräsident Stegerwald habe gezeigt, daß er seine Unterstützung nicht bei der Linken, sondern bei der Rechten suche. Die Abhängigkeit von der deutschnationalen Partei trete von Tag zu Tag deutlicher hervor. Nun fordern die Deutschnationalen eine gründliche Säuberung der politischen Verwaltung von den seit der Revolution neu eingestellten politischen Beamten, speziell die Absetzung des pommerschen Oberpräsidenten Lippmann, während der Bund republikanischer Landräte die energische Fortführung der Demokratisierung der Verwaltung fordert. Der Neuaufbau kann nur auf der Grundlage des Vertrauens zwischen Volk und Regierung erfolgen. Deshalb bedürfen wir einer **demokratischen Kontrolle der Staatsverwaltung.** Positive Leistungen hat das Ministerium in den fünf Monaten seines Bestehens nicht gezeitigt. Wir wollen, daß befähigte Kräfte aus allen Schichten der Bevölkerung auf akademische Vorbildung in die Verwaltung kommen. Der Minister will seine Beamten in den regulären Bildungsgang der alten Schule gewinnen, ein Grundsatz, dem wir nicht zustimmen können, wenn diese Leute nicht auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen. Allerdings **bedeutet Demokratisierung der Verwaltung nicht Sozialdemokratisierung,** aber der Minister betreibt eine Entsozialdemokratisierung und weicht Schritt um Schritt vor der Hetze der Deutschnationalen zurück. In der Schutzpolizei macht sich mehr und mehr ein reaktionärer Geist breit. Gegen sozialdemokratisch und sozialistisch gesinnte Beamte werde seitens der Vorgesetzten mit allen möglichen Schikanen vorgegangen. Das Vorgehen des Statistischen Landesamtes gegen Beamte, die die neue Reichsfahne gehißt hatten, richtete sich bewußt gegen die Republik. Ueberall macht sich die heimliche Tätigkeit der Deutschnationalen bemerkbar und richtet sich darauf ein, die letzten paar sozialdemokratischen und demokratischen Landräte und Beamten zu beseitigen. Abg. Krüger schließt seine mehr als zweistündigen Ausführungen mit dem Hinweis, daß das Ministerium nach außen den Eindruck erwecke, als ob es im Gegensatz zur Reichsregierung die Erfüllung des Ultimatums erschweren würde. Das Ministerium Dominicus sei eine Gefahr und müsse verschwinden.

Abg. **Rabold** (U. S.) begründet die Anfrage seiner Partei wegen der Warnung, die der frühere Breslauer Polizeipräsident Dr. Liebermann dem Heimatschutzverband verfassungstreuer Schlesier vor der Auflösung erteilt hat, und kritisiert die Tätigkeit des Kabinetts Stegerwald, das nur die Verhandlungen mit Bayern erschwert habe. Gegenüber den sich breitmachenden Spezial-Selbstschutzorganisationen in Niederschlesien und im Westen habe man nicht etwa nach dem Strafgesetzbuch gegriffen, vielmehr habe sich die Regierung zum Mitschuldigen dieser nationalen Mörderzentrale gemacht und die Deutsche Volkspartei müsse mit gleichem Maße gemessen werden. Die angeblich auf vaterländischem Boden stehenden Selbstschutzorganisationen haben sich in Schlesien eine ganze Anzahl von Mordtaten zuschulden kommen lassen. Material steht der Regierung zur Verfügung, falls sie es noch nicht besitzt. Die Zeitfreiwilligen-Formationen in Berlin bestehen in den Sportklubs Olympia noch heute. Ihr Bestehen ist im Berliner Polizeipräsidium ganz genau bekannt. (Hört! hört! bei den U. u. K.) Hilft uns die Regierung nicht, dann werden wir einen Selbstschutz der Arbeiterschaft schaffen zum Schutz der Republik gegen eine scheinrepublikanische Regierung und gegen die reaktionären Mörderbünde. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir lehnen es ab, auch nur formell mit den jetzigen Regierungsparteien eine Einheitsfront zu bilden.

Minister **des Innern Dominicus,** mit Zurufen und großem Lärm begrüßt, wendet sich gegen den Vorwurf, er sei von den Deutschnationalen abhängig, und geht zum Beweis dafür, daß der Vorwurf ungerechtfertigt ist, auf mehrere Fälle ein, in denen er höhere Beamten entlassen habe, die gegen die Verfassung verstoßen haben. Gegen die Angriffe amtlicher Kreisblätter gegen Reichs- und Staatsregierung habe ich mich in einem Erlaß gewendet, der die Entziehung der amtlichen Ankündigungen vorsieht. Der Minister verwahrt sich dann entschieden gegen den Vorwurf der Entsozialdemokratisierung der Verwaltung und weist darauf hin, daß er mehrere sozialdemokratische kommissarische Landräte bestätigt und verschiedene weitere Ernennungen unter Zustimmung der Sozialdemokraten vorgenommen habe. Für die Anstellung der Beamten seien bestimmte Vorschriften über ihre Schulung vorhanden und selbst sein Vorgänger im Amte habe an diesen Vorschriften nicht zu rütteln gewagt. Der Verwaltungsdienst sei schließlich eben auch ein Handwerk, das erlernt werden müsse. (Zustimmung.) Hauptsache sei auch für ihn die Wichtigkeit eines Beamten. Der Redner geht sodann auf die von den Vorrednern angezogenen Fälle von Maßregelungen einzelner Landräte ein und rechtfertigt sein Verhalten. Ein Landrat müsse allen Teilen der Bevölkerung Achtung und Vertrauen einflößen. Wer das nicht könne, sei als Landrat unmöglich. Jedenfalls stehe er auch den sozialdemokratischen Landräten mit dem ganzen Schutze seines Amtes zur Seite. Die gerügte Auflösung einzelner Gemeindevertretungen rechtfertigt der Minister mit dem Hinweis darauf, daß nach der Amtsniederlegung der Mehrheit die Gemeindevertretung nur einseitige Kommunalpolitik hätte treiben können. Die Angriffe auf ihn wegen der Schutzpolizei seien ihm umso unverständlicher, als er keine einzige der Vorschriften seines Amtsvorgängers Severing außer Kraft gesetzt habe. **Preußen** habe sich **niemals gegen die Reichsregierung vergangen. In der Frage des Ausnahmezustandes** habe er sich schließlich dem Wunsche der Reichsregierung auf dessen völlige Beseitigung gefügt. **Im Falle Weismann** habe er sofort nach Bekanntwerden seines Materials die Oberpräsidenten hierher berufen, um mit ihnen die erforderlichen Maßnahmen gegen die reaktionären Umtriebe zu besprechen. Das Verbot des schlesischen Selbstschutzes erscheine dem Ministerium nicht haltbar und hätte zweifellos zu einem Verwaltungsstreitverfahren geführt. Leider hat der Breslauer Polizeipräsident insofern eine Ungesetzlichkeit begangen, als er diese ganz klare Angelegenheit so darstellte, als ob die Regierung etwas zu verbergen habe. Der Fall beim Statistischen Landesamt sei eine Lappalie. Der Betriebsrat habe eine schwarzrotgoldene Fahne, die für eine am Abend geplante Demonstration bestimmt war, einstweilen aus dem Fenster gehängt, was der Chef nicht dulden wollte. Letzterer sei so ungeschickt gewesen, die völlige Entfernung der Fahne aus dem Hause zu verlangen, obwohl er ganz gut diese hätte aufrollen und in eine Ecke stellen können. Bei der Auswahl der Beamten sei auch sein Bestreben darauf gerichtet, das Mißtrauen der Bevölkerung gegen die Verwaltung zu beseitigen und deshalb eine Aenderung des Geistes der Beamtenschaft herbeizuführen, die mit den alten Traditionen breche und völlig von neuem Geist erfüllt sei. Nur ein Regime der Sachlichkeit wird allmählich wieder Respekt vor der Regierung erwecken. (Bravo! b. d. bürgerl. Part., Zischen links.)

Es wird **Besprechung der großen Anfrage** über die Personalpolitik beschlossen.

Abg. **Dr. v. Kries** erklärt, daß seine Partei dem Duell zwischen den früheren und vielleicht künftigen Koalitionsfreunden als gänzlich unbeteiligt interessiert zuschaue. Gegen die Politik des Innenministers Dominicus erhebt er eine Reihe von Anständen. Er verlangt vor allem Eingreifen des Ministers zugunsten der Beamten, die nach dem Kapputsch auf bloßen Verdacht hin ohne Untersuchung entlassen worden sind.

Abg. **Dr. v. Richter** (D. Vpt.) beschäftigt sich mit Aeußerungen des Abgeordneten Severing, wonach dieser gesagt habe, daß die **Sozialdemokratie in jeder Koalition das Ministerium des Innern für sich beanspruche und er — Severing — als Innenminister seine eigene Politik treiben würde ohne Rücksicht darauf, welches die Koalitionsparteien seien.** Wenn diese Aeußerungen richtig seien (sagt Redner), dann werde er die Sozialdemokratie nicht darüber im Zweifel lassen, daß es für seine Pflicht geradezu eine Ehrlosigkeit wäre, unter den Bedingungen des Herrn Severing in die Regierung einzutreten. Wenn die Sozialdemokratie eine Diktatur aufrichten will, so lehnen wir auf jeden Fall die Beteiligung an der Regierung ab. (Lebh. Zustimmung b. d. Vpt.). Bei der Auswahl der Beamten darf der formale Bildungsgang nicht überschätzt werden. (Nächste Sitzung Dienstag.)

Deutschlands Verluste in Oberschlesien

Wenn sich die Nachrichten über die Teilung Oberschlesiens bestätigen, so gehen 86 Prozent der oberschlesischen bezw. 42,5 Prozent der gesamten deutschen Kohlenvorräte verloren. 64 Prozent der oberschlesischen Steinkohlenförderung verloren. 64 Prozent der oberschlesischen Steinkohlenförderung einen jährlichen Ausfall von 28000000 Tonnen Steinkohlen für Deutschland bedeutet. Es kommt hinzu, daß die deutsch bleibenden Kohlenwerke größtenteils stark abgebaut sind.

Von der gesamten deutschen Zinkproduktion gehen mehr als 60 Prozent an Polen verloren; ebenso kommen sämtliche deutschen Zinkhütten Oberschlesiens in polnische Hand.

Von der deutschen Bleierzförderung und den darin enthaltenen Silbererzen gehen 27 Prozent verloren, da 75,4 Prozent der oberschlesischen Bleierzvorkommen in dem abgetrennten Gebiete liegen. Für die Eisenindustrie lassen sich noch keine genauen Zahlen mitteilen, doch ist auch hier mit einem Verluste von mehr als 63 Prozent der oberschlesischen Eisenindustrie zu rechnen.

Die Welt der Demokratie und die Welt der Junker

Der Pommersche Landbund schreibt uns:

Der großen Zahl der hochtönenden politischen Schlagworte ist ein neues hinzugefügt worden. Es ist bei der letzten Sitzung der Völkerbundsversammlung in Genf von dem französischen Delegierten Noblemaire in einer sensationellen Rede geprägt worden. Herr Noblemaire erklärt, „daß sich auf der ganzen deutschen Erde eine erschütternde Tragödie abspiele, ein Kampf des Krieges und des Revanchegeistes gegen den Geist des Friedens und der Arbeit, ein Kampf zwischen den Junkern und der Demokratie." Dieses neue Schlagwort scheint sich in den Gehirnen der Völkerbundsversammlung sofort festgesetzt zu haben, denn auch der englische Delegierte, Lord Robert Cecil, der die Debatte beschloß, griff das Wort auf und stellte fest, daß „in dem Kampfe zwischen dem Deutschland der Junker und dem Deutschland der Demokraten der Völkerbund bedacht sein müsse, sich auf die richtige Seite zu stellen, und allen denen seine hilfsbereite Hand zu reichen, die dort für den Frieden arbeiten."

Diese letzten Worte sind ein verstecktes Lob für die demokratische Regierung Wirth-Rathenau und eine Ermunterung für sie, fortzufahren in dem Bestreben, die Zufriedenheit und das Lob der Entente dadurch zu erringen, daß sie die Verpflichtungen aus dem Ultimatum peinlichst erfüllt und auch sonst um die Gunst unserer früheren Feinde wirbt.

Es ist kein Zufall, daß in Genf dieses neue Schlagwort von den „deutschen Junkern" geprägt worden ist, und es wird nicht verfehlen, von Genf aus durch alle Völker der Welt seinen Kreislauf anzutreten. Die törichtesten Vorstellungen werden sich mit ihm verbinden, überall wird man entdecken, daß etwas Neues gefunden ist, wogegen der Kampf der Geister sich richten muß, und dieses Neue ist nichts Geringeres als der „Geist der deutschen Junker". Man stelle sich vor, welche Verwirrung dieser neue Geisteruf in dem Hirne eines Südsee-Insulaners anrichten mag.

Freilich es war die höchste Zeit, ein neues Schlagwort zu finden, das der „Masse Mensch" eingehämmert werden muß, denn die alten Schlagworte, mit denen man die Völker gegen Deutschland aufhetzte, sind tot. Tot ist das Schlagwort vom „Militarismus", denn es gibt keinen Militarismus mehr, wenigstens nicht in Deutschland. Tot ist das Schlagwort vom „eroberungslüsternen Imperialismus", denn die Monarchie ist von der November-Revolution hinweggefegt, und allmählich hat sich eine der Entente wohlgefällige Demokratie entwickelt.

Aber dieser ganzen Entwicklung trauen die Vertreter der Entente im Völkerbund nicht, denn ihnen ist die Vernichtung des deutschen Wesens noch nicht weit genug gegangen. Noch ist etwas da, wovor sie Furcht haben. Dies ist der Geist der deutschen Vaterlandsliebe, der Geist des deutschen nationalen Stolzes, der auch im Unglück sein Haupt frei und hoch erhoben tragen will, der Geist derer, die wohl die Lasten des Krieges tragen, weil sie ihnen zurzeit nicht entgehen können, die sie aber nur tragen mit Zähneknirschen und geballten Fäusten, der Geist, der auch in den Zeiten einer scheinbar siegreichen Demokratie festhält an unserem stolzen geschichtlichen Ueberlieferungen, festhält an dem Wunsche nach Wiedererrichtung einer Staatsform in der allein er das Sinnbild deutscher Einigkeit und Kraft zu erblicken vermag.

Die Entente irrt, wenn sie glaubt, gegen diesen Geist mit dem neuen Schlagwort vom „deutschen Junker" zu Felde ziehen zu können. Dies ist nicht der Geist der Junker, sondern es ist der Geist der breitesten deutschen Volksschichten in Stadt und Land, unter denen die Junker nur einen verschwindend kleinen Teil ausmachen. Aber genau so wie früher unsere Feinde in unserem eigenen Lande die Hetze gegen den Militarismus und gegen die Monarchie unterstützt haben, um uns innerlich zu entkräften, so soll jetzt das neue Schlagwort vom deutschen Junker zur Zersplitterung der zielbewußt national-deutschen Kreise dienen.

Ebenso wie das Schlagwort vom Militarismus seine Entstehung der Hetze der deutschen Sozialdemokratie und Demokratie verdankte und erst später als eine willkommene Waffe von aller Welt aufgegriffen wurde, so folgt auch jetzt der innerdeutschen Hetze gegen den sogenannten Junker die Aufnahme dieser Parole durch das große Völkerbundstheater. Die deutsche Demokratie hat es, wie Lord Robert Cecil sagt, erreicht, daß ihr die Demokratie des Völkerbundes „ihre hilfsbereite Hand reicht."

In diesem Zusammenhang erscheint es aber auch lehrreich, den lächerlichen Vorstellungen, die sich über das

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110151-10/fragment/page=0001

„deutsche Junkertum", worunter in erster Linie das landangesessene Junkertum verstanden sein muß, mit einigem Tatsachenmaterial entgegenzutreten: Im ganzen deutschen Reiche gibt es, bei einer Gesamtzahl von 5 736 082 landwirtschaftlicher Betriebe, nur 23 566 Betriebe von mehr als 400 Morgen. Der Schreiber dieses ist im Augenblick nicht in der Lage, nachzuprüfen, wieviele von diesen 23 000 Betrieben sich in junkerlichem Besitz befinden. In der Provinz Pommern gibt es bei einer Gesamtzahl von rund 180 000 landwirtschaftlichen Betrieben nur 2678 Betriebe über 400 Morgen. Schon diese wenigen Zahlen beweisen, daß die eigentlichen „Junker" bei unserer demokratischen Verfassung eine besondere Machtstellung garnicht erreichen können. Auch in allen öffentlichen Aemtern und in den politischen Parteien sind „Junker" nur in verschwindender Zahl vorhanden. Die große Masse der Abgeordneten, auch der rechtsstehenden Parteien, besteht aus Bürgerlichen, und zwar aus Vertretern aller arbeitenden Schichten in Stadt und Land. Soweit aber einzelne Junker im politischen und Wirtschaftsleben hervortreten, sind sie von breitesten Volksschichten auf ihren Posten gestellt.

Der vom Forum des Völkerbundes an die Welt gerichtete Fanfarenruf zum Kampf gegen den „Geist des deutschen Junker" ist also entlarvt als ein hohles Schlagwort, das der deutschen Sozialdemokratie und Demokratie seine Entstehung verdankt, und das von der internationalen Demokratie begierig aufgegriffen wird, um im Sinne der Entente denjenigen deutschen Kreisen „die hilfsbereite Hand" um die Gurgel zu legen, vor deren Erstarken die Entente Furcht hat.

Zur Verhaftung Eduard Stadtlers

Dr. Eduard Stadtler, der, wie gemeldet, vorgestern verhaftet worden ist, wurde im Laufe des gestrigen Vormittags im Polizeipräsidium vernommen. In seinen Wohn- und Bureauräumen nahm Oberstaatsanwalt von Clausewitz mit einem Stabe von sechs Beamten eine nochmalige eingehende Haussuchung vor. Ueber die Gründe seiner Verhaftung ist von den Behörden bis zur Stunde noch immer nichts Genaueres bekanntgegeben worden, jedoch betont man an zuständiger Stelle, daß die Verhaftung nicht auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten, sondern lediglich infolge eines Verstoßes gegen den § 92, 1 des Strafgesetzbuches erfolgte. Wie man versichert, stellt das Vorgehen der Staatsanwaltschaft also nicht einen Eingriff in die Pressefreiheit, sondern nur die gesetzmäßige Verfolgung eines gewöhnlichen politischen Vergehens dar. Allerdings wird zugegeben, daß der erwähnte Artikel in der „Tägl. Rundschau" die tatsächliche Unterlage zur Verhaftung gebildet hat, es soll sich aber weniger um die behaupteten Indiskretionen Dr. Wirths als um einen anderen Passus handeln. Weitere Mitteilungen lehnten die zuständigen Stellen mit der Begründung ab, nicht in ein schwebendes Verfahren eingreifen zu dürfen.

Von anderer Seite erfahren wir dazu: Die Verteidigung Stadtlers hat Rechtsanwalt Dr. Alsberg übernommen. Bei Erkundigung nach dem Grund der Verhaftung wurde ihm von der zuständigen Stelle erklärt, daß es sich nicht um die von Stadtler gegen den Reichskanzler erhobenen Vorwürfe mit Bezug auf die Industrieaktion handle, sondern um eine Behauptung, daß der Reichskanzler kein Pazifist sei, sondern „militärische Dinge begünstige". Diese Behauptung schädige das Ansehen des Reichskanzlers und komme dem Landesverrat gleich. Dr. Wirth habe den Reichsjustizminister mit der sofortigen Verfolgung des Vergehens beauftragt, und der Reichsjustizminister habe gemäß Auftrag den Oberreichsanwalt telegraphisch nach Berlin berufen. Der Verteidiger stellte sofort einen Haftentlassungsantrag für seinen Mandanten, dem jedoch vor Klärung der Angelegenheit nicht nähergetreten werden könne.

*

Wir können diesen Ausführungen gegenüber nur wiederholt unserem äußersten Befremden über die Verhaftung Dr. Stadtlers Ausdruck geben. Wie mit dem beanstandeten Artikel gegen § 92 StGB. verstoßen sein soll, ist ein Rätsel, ein Rätsel ebenso für jeden Juristen wie für jeden Laien. Dr. Stadtler hat keine Nachrichten preisgegeben, sondern Behauptungen aufgestellt, Behauptungen, die für Dr. Wirth wenig schmeichelhaft, ja beleidigend sein mögen, um derentwillen man den Verfasser eben wegen Beleidigung zur Verantwortung ziehen kann. Wie man aber auf diesen Artikel eine große Staats- und Justizaktion gründen und um seinetwillen die Verhaftung eines völlig unbescholtenen, als idealistischer Politiker bekannten Mannes rechtfertigen kann, das ist ein Verfahren, das uns bis auf weiteres wenigstens völlig unerklärlich erscheint. Es ist sehr schön, daß in diesem Fall die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten nicht angewandt werden soll. Herrn Dr. Stadtler aber wegen seiner Kritik der Reichsregierung mit dem allgemeinen Strafgesetz beikommen zu wollen, ist ein Versuch, der hoffentlich sehr bald schon in seinen ersten Anfängen scheitern wird.

*

Da ein begründeter Verdacht eines Fluchtversuches nicht vorliegt, hat der Amtsrichter den gestern verhafteten Dr. Stadtler wieder aus der Haft entlassen.

Besprechungen zwischen London und Paris

b. Paris, 14. Oktober.

Gestern hat sich der hiesige englische Geschäftsträger nach dem Quai d'Orsay begeben, um, wie die Pariser Presse mitteilt, Briand zu erklären, daß die englische Regierung keineswegs einen Zusammentritt des Obersten Rates und eine persönliche Aussprache der Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands für notwendig halte, und das herausfordernd im Hinblick auf den Vorschlage Frankreichs entsprechend der Botschafterrat beauftragt werden könnte, als Vertreter des Obersten Rates die oberschlesische Angelegenheit weiter zu behandeln. Nach einer anderen Lesart hat die englische Regierung gestern eine Note am Quai d'Orsay überreichen lassen, in der die Nachprüfung der Uebereinstimmung der wirtschaftlichen Empfehlungen mit dem Versailler Vertrag gefordert wird. Der Londoner Korrespondent des „Petit Parisien" meldet, daß die Forderung einer Prüfung der Genfer Entscheidung in der Downing Street besonders deswegen erhoben sein soll, weil der Völkerbundrat über die von ihm verfaßte Fassung einer Grenzlinie hinaus neue Vorschläge wirtschaftlicher Art gemacht hat. Diese Vorschläge muß man daraufhin prüfen, ob sie mit dem Versailler Vertrag in Uebereinstimmung sind. Im übrigen wird sowohl in Genfer Telegrammen wie in Notizen der Pariser Morgenblätter darauf hingewiesen, daß die Annahme dieser wirtschaftlichen Vorschläge von dem freien Willen der beiden beteiligten Länder abhängig sei. Wie groß die Erleichterung ist, der man sich im allgemeinen infolge der Demarche des englischen Geschäftsträgers hingibt, zeigt ein Satz im „Figaro", der geradezu sagt, man habe hier mit direkter Beunruhigung gehört, daß Lloyd George einen neuen Zusammentritt des Obersten Rates befürchte. Bei der außerordentlichen Erregung, die die ganze oberschlesische Angelegenheit in politischen Kreisen und in der Presse hervorgerufen hat, ist es schwer festzustellen, wie weit die optimistischen Aeußerungen über einen glatten weiteren Verlauf der oberschlesischen Frage Stimmung machen sollen und wie weit bei diesen der Wunsch der Vater des Gedankens ist, oder ob sie tatsächlich einer Entspannung zwischen London und Paris entsprechen. Die in allen Blättern festgestellte tiefe Enttäuschung Lloyd Georges über die Genfer Entscheidung mag ein Fingerzeig in diesem Punkte sein.

w. Genf, 14. Oktober.

In unterrichteten Kreisen zeigt man sich sehr erstaunt über die Darstellung der Pariser Presse zur oberschlesischen Frage. Vor allem erregen die Pariser Meldungen, wonach auch die Städte Tarnowitz und Lublinitz an Polen gefallen sind, Befremden. Allerdings kann noch Informationen jüngsten Datums in letzter Stunde noch Lublinitz den Polen zugewiesen worden sein. Ein polnisches Tarnowitz wird dagegen als eine völlige Unmöglichkeit bezeichnet. Man glaubt, daß man mit solchen übertriebenen Meldungen, die sich nachher als unrichtig herausstellen, der deutschen öffentlichen Meinung die spätere Annahme einer weniger bitteren Lösung erleichtern könne. Andererseits hört man wieder die Vermutung äußern, daß das Völkerbundsgutachten sich nicht kategorisch über die Grenzlinie geäußert habe, sondern nur in wenigen Fällen zwei Lösungen vorgeschlagen oder eine Nachprüfung offen gelassen habe. Diese Version ist jedoch mit größter Vorsicht aufzunehmen.

In neutralen Völkerbundskreisen ist man überrascht über die offiziös anmutende Darstellung des „Matin", der erklärt, daß der Genfer Schiedsspruch unter der Regide der 48 Völkerbundsstaaten gefällt worden sei, und daß sich Deutschland daher durch seine Auflehnung gegen den Schiedsspruch gewissermaßen außerhalb der Kulturgemeinschaften der Völker stellen würde. Demgegenüber kann nicht nachdrücklich genug daran erinnert werden, daß die Völkerbundsversammlung, die der „Matin" nur meinen kann, nicht das geringste Entscheidungsrecht hatte und daß die Einladung des Obersten Rates nicht an die Völkerbundsversammlung, sondern an den Völkerbundsrat ergangen ist, und daß der Rat seine Arbeit der Versammlung gegenüber streng geheim gehalten hat und sie abschließt erst nach dem Abschlusse der Völkerbundsversammlung beendet hat. Der Rat setzt sich nicht aus 48 Staaten, sondern nur aus 8 zusammen, wovon 7 als Gegner Deutschlands den Versailler Vertrag unterzeichnet haben.

Eine merkwürdige Drohung

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News" schreibt, es sei klar, daß einige der Bestimmungen betreffend Oberschlesien über den Vertrag von Versailles hinausgingen, und es werde notwendig sein, daß sowohl Deutschland als auch Polen ihnen zustimmten. Wenn eines der beiden Länder sich weigern sollte, dies zu tun, so werde sich der Oberste Rat vielleicht gezwungen sehen, die territoriale Entscheidung zugunsten des anderen Landes abzuändern.

Oberschlesien ungeteilt!

w. Kattowitz, 14. Oktober.

Der Gewerkschaftsring hat an den Generalsekretär des Völkerbundes Eric Drummond in Genf folgendes Telegramm gerichtet:

Mit großer Entrüstung vernimmt die oberschlesische Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft, daß die Möglichkeit besteht, der Völkerbundsrat könne eine Teilung des oberschlesischen Industriegebietes beschließen. Es gibt in Oberschlesien keinen Arbeiter, Angestellten oder Beamten, der eine Teilung Oberschlesiens wünscht. Wir erwarten eine Entscheidung, die der völkischen und wirtschaftlichen Eigenart des Landes gerecht wird. Unsägliches Elend würde durch eine Teilung des Industriegebietes über die hiesige Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft hereinbrechen. Tausende würden durch eine Teilung Oberschlesiens von ihrer Arbeitsstelle abgeschnitten, andere tausende zur Auswanderung gezwungen. Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände verlangt ein ungeteiltes Oberschlesien und eine Entscheidung, die dem Ergebnisse der Abstimmung und dem Sinne des Friedensvertrages entspricht. Wir richten an den Völkerbundsrat das Ersuchen, Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland zu belassen und eine Kommission von Sachverständigen nach Oberschlesien zu entsenden, und die Verhältnisse an Ort und Stelle zu prüfen.

Keine Devisenzahlung am 15. November

Paris, 14. Oktober.

Heute wird die interalliierte Garantiekommission hier eintreffen. Es steht bereits fest, daß Deutschland am 15. November keine Zahlungen zu leisten hat, da diese durch die Naturalleistungen vom 1. Mai bis 31. Oktober vollkommen gedeckt sind.

Der neue thüringische Volksbildungsminister. Der Landtag von Thüringen hat am Freitag, nachdem er bereits am Donnerstag beschlossen hatte, ein fünftes Ministerium und zwar für Volksbildung zu schaffen, den neuen Volksbildungsminister gewählt. Gegen die Stimmen der Bürgerlichen wurde der Unabhängige Bezirksschulrat Greil, Gera, dazu ausersehen. Damit ist nun das Thüringer Ministerium vollständig.

Die Untersuchung über das Oppauer Unglück eingestellt. Die Staatsanwaltschaft in Frankenthal hat die Untersuchung über das Oppauer Unglück eingestellt, da keine Schuld eines Unbekannten ermittelt werden konnte.

th. Die neue Novelle zum Sonntagsruhegesetz sieht eine Erhöhung der Ausnahmesonntage von 10 auf 14 vor. An zwölf Sonntagen darf eine außergewöhnliche Beschäftigung von 3, an zwei Sonntagen von 6 Stunden stattfinden. Das neue Zugeständnis dient hauptsächlich den Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung, die wochentags wenig Zeit zu Einkäufen in der Stadt hat.

th. Das schlesische Autonomiegesetz wird den Reichstage im November zugehen. Unbeschadet seiner Ansprüche auf ganz Oberschlesien will das Reich den bei Deutschland verbleibenden Teilen sein Wort sofort einlösen.

Rose Ferron

57] Roman von Liesbet Dill, Halle a. S.

(Nachdruck verboten.)

„Das ist was anderes, Junge. Ich geb' dir meine von der Chaiselongue. Friedrich, holen Sie sie dem jungen Herrn gleich her. Du bist so mager geworden, dann friert man leicht."

Sie wollte nichts mehr vom Krieg hören.

„Siehst du, so bin ich", sagte sie mitten in der Beschreibung des letzten Gasangriffes. „Was vorbei ist, ist für mich vobei. Ich hab' einen Strich darunter gemacht und es dreht sich in mir etwas um, wenn ich so einem schmutzigen, feldgrauen Soldaten begegne, aber hören will ich nichts mehr davon. Wir haben hier vier Jahre Kanonendonner hören müssen. — Ich sehe nun der neuen Zeit entgegen, nicht mit irgendeiner Hoffnung, ich habe keine Hoffnung mehr, aber ich bin keine von denen, die jammern und klagen um etwas, was geschehen ist. Mögen sie kommen und unser Land besetzen, wir können nichts dran ändern, wir Frauen, und um fortzugehen, dazu bin ich zu alt. Ich bin nur froh, daß du wiedergekommen bist.

Ich hatte nämlich eine Liste gemacht, damals im August 14. Auf der rechten Seite standen die, die wiederkommen würden und obenan stand der Major von Torchin und Klaras tadelloser Ehemann a. D., der Merk, der beim Generalstab ist."

„Und wo stand ich?" fragte Jobst.

„Du standest auf derselben Seite."

„Hm, es wär' mir eigentlich lieber gewesen —"

„Ach was", sagte sie barsch. „Auf der linken standen nur ein paar Namen, und als den ersten hab' ich den Roses Mann hingesetzt."

„Wie merkwürdig, daß du das alles vorauswußtest! Ach, Großmama, daß ich nicht länger bleiben kann! Und daß ich dich so lange nicht gesehen hab'! Aber ich durfte ja nicht. Sie sagten, der Einfluß wäre nicht gut für mich."

„Verstehe, und von ihrem Standpunkt aus haben sie recht. Es weht hier keine gesunde Luft für so junge Burschen. Es sind zuviel Nebe gelegt, na ja, er wird schon rot — schon am Bahnhof fängt's an, es liegt am Westen, den vertragen sie nicht alle."

Es wurde Zeit zum Zuge.

„Adieu, mein Junge", sagte die Großmama, „wir beide seh'n uns nicht wieder, und es ist das letzte Mal, daß wir uns die Hände drücken... Bin nicht für Abschiednehmen, fahre deshalb auch nicht mit zum Bahnhof, dort steht man ja doch nur herum und macht Phrasen..."

Die alte Frau hatte ihre seinen alten Hände auf seine jungen Schultern gelegt. „Ich will dich mir nur noch einmal ordentlich anschauen, und mir deine Züge einprägen, damit ich was hab' zum Freuen, wenn es hier still geworden ist. Geh und bleib brav, und sieh, daß du es zu etwas bringst und deinem Vater Ehre machst. Es war ein vornehmer Mann und ich hab' Achtung vor ihm gehabt, und wenn du heimkommst, kannst du ihn von der alten Frau grüßen. Denn er und ich seh'n uns auch nicht wieder; er wird keine Sehnsucht danach haben und ich, offen gestanden, auch nicht — zwei verschiedene Welten. Aber jede hat ihre Berechtigung, die eine wie die andere. Und jetzt hat man mal wieder gesehen, was Erziehung macht! Erziehung ist Lack, Erbwerte sind alles..." Sie warf einen Blick nach Rose, die sich die Handschuhe anzog, und küßte den jungen Gefährtel auf die Stirn.

„Es wird Zeit", mahnte Frau Adda, die Jobst noch allerlei weißverhüllte Päckchen in den Koffer schob.

Dann ging er... Es ward ihm nicht leicht, immer wieder schaute er sich im Treppenhause um und winkte den alten stockfleckigen Kupfern zu, die er noch alle kannte, die Hirschgeweihe, die im Flur hingen, die alte Uhr, hinter der man ihm die Ostereier versteckt hatte, die großen Sèvresvasen und die Alabasterschale mit den Visitenkarten. —

Die beiden Frauen winkten ihm nach von dem Balkon und er prägte sich das Bild ein. „Ich werde die alte Frau nie mehr wiedersehen", dachte er, und es traten ihm plötzlich Tränen in die Augen. Fest umschlang er der Mutter Arm, die Menge umwogte sie, überall standen Tische vor den Häusern mit Erfrischungen, überall verabschiedeten sich Soldaten von ihren Wirten. Abschied, wohin man sah. Tränen, Winken, Blumen flogen herab von den Balkons, blaue und weiße Astern und Rosen, Rosen...

Er fing eine im Vorübergehen auf und heftete sie sich an seine Uniform; ein junges Mädchen hatte sie ihm, über den Balkonrand geneigt, zugeworfen, dem hübschen, schlanken Jungen mit den lachenden Augen. An der Brücke überschütteten sie ihn mit einem bunten rieselnden Blumenregen, und er wandte sich noch einmal zurück. „Mädels, bleibt deutsch!", rief er den Grenzländerinnen zu.

„Mutter, ich glaub', ich hab' mein Herz hiergelassen, bei euch."

* * *

Ein grauer Himmel hing über der Stadt, die Luft war feucht von dem aufsteigenden Novembernebel, und der Fluß, der unter den alten historischen Brücken dahinströmte, zog so schwer und still seines Weges. Auf den Hügeln reckten die Abwehrgeschütze, von der Mannschaft verlassen, ihre Mäuler gen Himmel. Es hing in der Luft wie Trauerschleier, und über den Gassen lagerte ein schwüler, unbestimmter dumpfer Druck. Man wartete... Die Pfarrer hatten am Sonntag von der Kanzel herab die Bürger ermahnt, dem Einzug der Feinde würdig zu begegnen. Nun schlossen sich die Läden, die Straßen leerten sich. Rose stieg auf die Höhen hinauf. Die alte, lange, mit Pappeln besetzte Straße führte geradeaus zwischen den Schlachtfeldern nach St. Remy, der kleinen Stadt, die jetzt französisch war. Sie lag dort unten, von Rauch leicht verhüllt, die Umrisse der alten Ruine ragten gegen den regenschweren düsteren Himmel.

Dort hatte ihr erstes junges Glück begonnen. Jobst. Sie dachte an jene Tage zurück, die ihre jungen Träume verwirklicht hatten. „Dank, Dank!" murmelte sie. Aber ihr Gesicht versinsterte sich jäh. Dort, wo die Pappeln aufhörten, und die Allee mit den roten Blätterbäumen begann, kam es näher in langem, glitzernden Zug. Soldaten. — Ihr Herz drohte stillzustehen, beim Anblick der fremden, bunten, blitzenden Uniformen. In Gamaschen, die runden Brotbeutel umgehängt, den „sac au dos", kamen sie daher in trippelndem raschen Laufschritt. Einige Kinder, die am Wege spielten, hielten ihre eisernen Reifen fest und blieben erschreckt stehen, mitten im Spiel, den großen Gummiball an sich gedrückt, und schauten dem Zug entgegen, der sich aus St. Remy herüberwälzte, ruhig, geordnet, gut diszipliniert, mit fett gefütterten Pferden. Auserlesene Gardetruppen, die man zuerst schickte. Sie wiesen nach den Denkmälern herüber, die auf dem gelbfandigen Berg durch die nebelfeuchte Luft ragten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110151-10/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 14. Oktober.

Ein Eisenbahnunglück bei Polleben

Der gestern nachmittag um 2 Uhr von Halle abfahrende Personenzug der Halle-Hettstedter Eisenbahn ist am Bahnhof Polleben auf einen Güterzug aufgefahren. Die Lokomotive und der Packwagen des Personenzuges sind entgleist. Ein Beamter und einige Reisende sind leicht verletzt. Ein Sanitätszug ist zur Unfallstelle sofort abgefahren. Der Materialschaden ist nicht bedeutend. Der Verkehr wird durch Umreigen aufrechterhalten.

Rechtsungültige Beamtengesetzgebung

Zeitungsnotizen nach sollen die richterlichen Beamten, die auf Grund des Altersgrenzengesetzes vom 15. Dez. 1920 zwangsweise pensioniert worden sind, mit ihrer Klage auf Ungültigkeit dieses Gesetzes nun auch in letzter Instanz vor dem Reichsgericht ein obsiegendes Urteil erzielt haben. Die Urteilsgründe sind indes noch nicht bekannt geworden.

Inzwischen ist wieder eine Entscheidung des Landgerichts in Potsdam ergangen, die ebenfalls unserer Ansicht entspricht, daß das Gesetz insoweit als unwirksam angesehen werden muß, als dadurch auch die vor seinem Erlaß auf Lebenszeit angestellten Beamten etwa betroffen werden sollen. Im vorliegenden Falle hatten 7 Beamte, die am 1. April 1921 in den Ruhestand versetzt worden waren, je auf Zahlung des für sie zulässig gewesenen Stellengehaltes für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1921, abzüglich desjenigen, was als ihr Ruhegehalt für die Zeit festgesetzt und bezahlt worden ist, nebst 4 v. H. Zinsen seit 1. April 1921 geklagt.

Der Klage war nach den Urteilsgründen stattzugeben, weil das Gesetz vom 15. Dezember 1920 mit den zu diesem Zeitpunkt den Klägern bereits zustehenden „wohlerworbenen Rechten" im Widerspruch steht und somit auf die Kläger keine Anwendung finden kann. - Art. 129 der Verfassung bestimmt: „Die Anstellung der Beamten erfolgt auf Lebenszeit, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes bestimmt ist. . . . . Die wohlerworbenen Rechte der Beamten sind unverletzlich." Nach Art. 13 der Verfassung kann das Gesetz vom 15. Dezember 1920 die begründeten Ansprüche nicht beeinträchtigen. Unter wohlerworbenen Rechten sind alle subjektiven Rechte zu verstehen, die für bestimmte Personen durch einen sie betreffenden Rechtsakt begründet sind, gleichviel ob dies durch ein für sie ergangenes Gesetz oder durch ein Rechtsgeschäft geschehen ist und ob der Anspruch ein privat- oder öffentlich-rechtlicher ist.

Hoffentlich geht man künftig nicht mehr so leichtfertig über die wohlerworbenen Rechte der Beamten hinweg. Hoffentlich wirkt dieses Urteil aber auch hinsichtlich der beabsichtigten Kürzung der Ruhegehälter beim Vorhandensein von Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung.

Unseren Lehrern aus dem Beamtenstande, die nach dem Altersgrenzengesetz haben in Pension gehen müssen, geben wir den Rat, auf Grund der ergangenen Urteile evtl. ihre Rechte geltend zu machen.

Bekanntlich haben die beiden rechtsstehenden Parteien gegen das Gesetz gestimmt und wird die Deutschnationale Volkspartei auch in Zukunft stets für Wahrung wohlerworbener Rechte eintreten. Oberfekretär Held.

Betreten der Züge mit Bahnsteigkarten

Gemäß § 16 der Eisenbahnverkehrsordnung berechtigen Bahnsteigkarten nur zum Betreten der Bahnsteige und der in die Bahnsteigsperre einbezogenen Warteräume. Dem Inhaber einer Bahnsteigkarte ist also keineswegs das Betreten des Zuges gestattet, sei es auch nur, um einen Platz zu belegen oder im Abteil oder Seitengang des Wagens sich aufzuhalten. Da durch den Aufenthalt von Nichtreisenden in den Zügen den einsteigenden Reisenden das Aufsuchen von Plätzen sehr erschwert wird und auch sonst die Ordnung im Zuge darunter leidet, sind die Aufsichts- und Zugbeamten neuerdings zur strengeren Ueberwachung angehalten und angewiesen, von den im Zuge mit Bahnsteigkarten angetroffenen Personen das erhöhte Fahrgeld von 20 Mark einzuziehen. Die Beamten kommen daher nur einer hauptsächlich im Interesse des reisenden Publikums getroffenen Anordnung nach, wenn sie gegen das unbefugte Betreten der Züge einschreiten. Lediglich zur Unterbringung von Kranken und anderen hilfsbedürftigen Personen (auch Frauen und Kindern) und deren Gepäck kann den Begleitern mit Bahnsteigkarten das Betreten des Abteils ausnahmsweise gestattet werden, wenn sie alsbald den Zug wieder verlassen.

Strafkammer

Der übliche Leunafall.

Der Arbeiter Ernst Weinhold aus Leipzig-Gohlis, geb. am 11. Mai 1893, hatte sich vor der Strafkammer wegen Landfriedensbruches und Anschlusses an einen bewaffneten Haufen zu verantworten. Der Angeklagte hat sich nach Ausbruch des Generalstreiks im Leuna-Werk vom Gründonnerstag bis zum Ostersonnabend zweimal freiwillig ins Werk begeben und hat bei der Gelegenheit mit einem bereits verurteilten Vertrauensmann Pschow die Belegschaft der Baufirma Lehmann militärisch organisiert. Die Staatsanwaltschaft beantragt eine Strafe von 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis wegen einfachen Aufruhrs und Landfriedensbruches sowie wegen Bildung eines bewaffneten Haufens. Das Urteil ergeht wegen Landfriedensbruches in Tateinheit mit Bildung von bewaffneten Haufen auf 9 Monate Gefängnis und Anrechnung von 3 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft.

Im Monat September 1921 wurden festgenommen:

34 Personen wegen einfachen Diebstahls, 10 wegen schweren Diebstahls, 17 wegen Betrugs und Urkundenfälschung, 3 wegen Hehlerei, 11 wegen Unterschlagung, 16 wegen Landfriedensbruchs, 14 auf Grund von Steckbriefen und Haftbefehlen, 24 weibliche Personen wegen Umherstreifens, 19 wegen Bettelns und Landstreichens, 3 jugendliche Personen wegen Umherstreifens. Außerdem wurden wegen schweren Diebstahls 58, wegen einfachen Diebstahls 213, wegen Unterschlagung 38, wegen Betrugs 52, wegen Hehlerei 6 und wegen Körperverletzung 13 Anzeigen erstattet.

— **Plakkarten in D-Zügen ab Berlin.** Zu den D-Zügen ab Berlin Anhalter- und Potsdamer Bahnhof können neuerdings wieder Plätze vorausbestellt werden. Diese Einrichtung wird in kürzem auch auf alle übrigen Bahnhöfe Berlin ausgedehnt werden. Die Platzkarten (Platzanweisungen) werden vorläufig nur bei den Berliner Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros bei gleichzeitiger Lösung oder Vorzeigung einer Fahrkarte ausgegeben. Die Platzkarten kosten 1. Klasse 6 Mk., 2. Klasse 4 Mk., 3. Klasse 2 Mk. Im Zuge selbst werden Platzkarten nicht ausgegeben. Der vorausbestellte Platz wird wie früher bereit gehalten, möglich dadurch, daß auf dem Nummernschilde an der Abteilwand der betreffende Platznummer auf „Belegt" gestellt wird, sodaß also das Nichtbelegtsein eines Sitzes durch Kleidungs-, Gepäckstücken usw. jetzt nicht mehr ein sicheres Zeichen dafür ist, daß dieser Platz noch frei ist. Im Wagen wird auf die Freilassung solcher als „Belegt" bezeichneten Plätze durch Aushang hingewiesen. Jeder Reisende ab Berlin hat gut, hierauf zu achten. Nichtbeachtung hat zur Folge: Verlust des Platzes und bei Weigerung der Räumung daneben gegebenenfalls Anzeige wegen Wahrpolizeiübertretung. Die Aufsichts- und Zugbeamten handeln nur pflichtgemäß, wenn sie einem Reisenden mit Platzkarte zu seinem Rechte verhelfen.

— **Keine 1. Klasse mehr.** Die 1. Klasse ist soeben im Winterfahrplan nachträglich auch aus D-Zügen entfernt worden. Zwischen Hamburg und Saßnitz waren durchgehende Wagen 1. und 2. Klasse, zwischen Hamburg und Strafsund solche 1., 2. und 3. Klasse vorgesehen. Die 1. Klasse wird aus allen vier Zügen herausgenommen. Dafür erhalten auch die Züge Hamburg-Saßnitz die 3. Klasse. Die Wagen gehen sämtlich in den Zügen von Hamburg 8 Uhr 40 Min. Zurück laufen sie von Saßnitz 2 Uhr 5 Min. nachmittags, von Strafsund 4 Uhr 4 Min. Die durchlaufenden Wagen zwischen Berlin und Doberan verkehren natürlich nicht mehr. Dagegen werden nachträglich in die Tageszüge zwischen Berlin und Aachen durchlaufende Wagen von Dresden nach Lehe und zurück nach Leipzig eingestellt. Die Wagen gehen von Dresden 10 Uhr 22 Min. vormittags über Leipzig, Hannover und Bremen; zurück von Lehe 9 Uhr 42 Min. vormittags. In dem D-Zug von Hannover nach Dresden lief bisher ein durchgehender Wagen von Bremen nach Leipzig. Es wird dafür ein durchgehender Wagen von Hannover 3 Uhr nachmittags nach Dresden eingestellt. Die durchgehenden Wagen zwischen Dresden und dem Haag fallen in dem Nachtschnellzug weg, ebenso die Wagen zwischen Leipzig und Amsterdam, sowie zwischen Leipzig und Norddeich. Dafür werden durchgehende Wagen zwischen Magdeburg und Holland eingestellt. Sie laufen in dem Eilzug von Magdeburg 9 Uhr 10 Min. vormittags Werktags bis Hoek von Holland, Sonntags nur bis Amsterdam und zurück.

— **Auch das Heiraten wird teuer.** Die Beantragung des amtlichen Aufgebots, der Eheschließung und die Eintragung ins Heiratsregister waren bisher gebührenfrei. Bei den Reichsbehörden wird zurzeit die Aenderung des Personenstandsparagraphen dahin erwogen, daß eine Reihe von Amtshandlungen der Standesbeamten gebührenpflichtig werden. Für die Eheschließung und die Eintragung ins Heiratsregister ist eine Gebühr von 50 M. vorgesehen, die unter gewissen Voraussetzungen jedoch auf 10 M. ermäßigt werden kann. Die Gebühr für Registerauszüge soll ebenfalls den Stande der Geldentwertung angepaßt werden.

— **Kundesacker an der Völkerstraße.** Die Neueinteilung des Ackers Völkerstraße 1 ist beendet. Die Pächter werden ersucht, umgehend durch Nachfrage auf der Geschäftsstelle des Bundes festzustellen, welche neue Parzelle ihnen zur Bewirtschaftung überwiesen worden ist. Die alten Parzellen sind bis zum 20. Oktober zu räumen. Die Grenzen der neuen Parzellen sind durch Ausbub eines Grenzgrabens kenntlich zu machen. Die an den neuen Parzellen entlanglaufenden Wege sind freizulegen und einzuebnen.

— **Die Frauenwoche des Oberschlesier-Hilfswerks.** Für die diesjährige Oktoberwoche ist, wie wir bereits mitteilten, von seiten des Oberschlesier-Hilfswerks eine Frauenwoche geplant. Außer den bereits genannten Vereinen, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt haben, sind nun auch der Katholische Frauenbund Deutschlands, der Katholische Verband der weiblichen Angestellten und Beamtinnen Deutschlands, der Verband katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands, die Evangelische Frauenhilfe E. V. Potsdam, der Deutsche Evangelische Frauenbund Hannover und der Verband evangelischer Arbeiterinnen auf den Plan getreten und haben sich dem Aufrufe der übrigen Frauenverbände angeschlossen. Ganz besonders erfreulich ist es, daß auch die Führerinnen der sozialdemokratischen Frauen dem Vorhaben des Oberschlesier-Hilfswerks lebhaftes Interesse entgegenbringen. Ueberall findet der Aufruf der Frauenorganisationen begeisterte Aufnahme und Anregung und überall wird fleißig gearbeitet, um die Veranstaltung in der Frauenwoche rechtzeitig und würdig herauszubringen und eine allgemeine und energische Beteiligung zu ermöglichen. Wie die Reichsjugendverbände die Anregung des Oberschlesier-Hilfswerks begeistert aufgenommen haben, so werden zweifellos die deutschen Frauenverbände ihnen nicht nachstehen wollen.

— **Die Erlaubnis zum Tragen der Uniform** des 2. Hannov. Infanterie-Regiments Nr. 77 ist dem Leutnant a. D. Heinrich Kaiser verliehen worden.

— **Die Feier der goldenen Hochzeit** begeht am Montag, den 17. Oktober, der Sattlermeister Louis Taatz mit Frau im Hospital. Zu gleicher Zeit kann die Tochter die silberne Hochzeit feiern.

Kirchliche Nachrichten

für den 21. Sonntag n. Trinitatis, den 16. Oktober 1921.

(Sammlung für Zwecke des Evangelischen Bundes.)

Stephanus 5 Uhr Städtisches Gustav Adolf-Fest, Konsistorialrat Pickert-Posen, Bericht Lic. Baumann, 8 Laurentius: Gemeindeabend P. Stelmann: Die baltischen Märtyrer.

Abkürzungen: Abendmahl = (A), Kindergottesdienst = (K), Bibelstunde = (B).

N. L. Frauen: 10 Kaucke, 11¾ (K) Fritze (Kirche), 11¾ (K) Knoblauch (Ref.-Realgymn.), 10½ Klinikkapelle Knoblauch (Magdeburger Str.), abds. 6 Knoblauch, Donnerstag abds. 8½ Wochenandacht Krop, Sophienstraße 6/8. — **St. Ulrich:** 10 Heinke, 11½ Kranke (K) Martinschule Schilp, abds. 6 Herm. Wagner. — **St. Ulrich-Ost:** 10 Krondorferstraße 6a Herm. Wagner, 11½ (K) Thiede. — **Moritz:** 8 Keller, 10 Voigt, 11½ (K) Voigt, 11½ (K) Keller. — **Hospital** 10 Keller. — **Domkirche:** ref. Gem. 10 Jugendgottesd. d. Jungmädchen-Vereins Baumann, 11¾ (K) Baumann, 6 Lang, Freitag abds. 8 Baumann. — **Laurentius:** 10 Förster, 2 (K) Förster, abds. 8 Gustav-Adolf-Verein P. Stelmann: „Die baltischen Märtyrer", Dienstag abds. 8 (B) Gem.-H. Förster. — **Stephanus:** 10 Hagemeyer, 11½ (K) Hagemeyer, 5 städt. Gustav-Adolf-Fest, Konf.-Nat Pickert-Posen, Bericht Lic. Baumann, Mittwoch 8 Miss.-Nähverein im Gem.-Haus, Donnerstag abds. 8 Zeitarbeit Gem.-P. Meinhof. — **Diakonissenhaus:** 10 Knaf. — **Paulus:** 10 Bach (A), 5 Haberland, 11½ (K) Haberland, 2 (K) v. Broecker, Dienstag 8 Gemeinsch.-Stde. — **St. Georgen:** 10 Vahldiek, 5 Hellmann, (K): 11¾ Witte, 11½ Hellmann, 2 Gisecke, Montag abds. 8 (B) Witte. — **Rieberstift:** 10 Witte. — **Johannes:** 10 Einführung von Pf. Gueinigius durch Sup. Meinhof, hierauf Antrittspredigt (Chorgesang), 11½ (K) Tischer, 12¾ (K) Butz, 2(K) Abegg, 6 Butz, Lauchstädterstraße 28 10 Uhr fällt aus wegen Einführung von Pf. Gueinigius. — **Ev.-luth. Gemeinde,** Weidenplan 4, 10 G. — **Stadtmission:** Sonnt. abds. 8¼ Evangelisat.-Verf. Winterberg, Dienstag abds. 8¼ Gemeinsch.-Stde., Sonnt. abds. 8¼ Gemeinsch.-Stde. Flottmellstraße 29. — **Giebichenstein-Bartholomäus:** 10 Wind (Festgottesdienst Kirchenchor) 11¾ (K) Wind, 6 Kaucke, Freitag abds. 8 (B) Pestalozzistraße 4. — **Crölls-witz-Petrus:** 10 Kaucke, 11½ (K) Kuntz. — **Trotha:** 10 Bode. — **Diemitz:** 9½ Petzold, 10½ (K).

Christl. Gemeinschaft (i. d. Landeskirche) **Margaretenstr.** 5: **Sonntag** 11 K. Sonntag, d. 16. bis einschl. Sonntag, d. 23. Okt. täglich außer Sonnabend 4½ u. 8½, abends Bibelbetrachtung über Röm. 12, gehalten von Gemeinsch.-Evp. Fleischer-Oschersleben. **Method.-Gemeinde** (Altnegebäude der Franck. Stiftungen). **Sonntag vorm.** ½10 G., abds. 6½ G. Donnerstag abds. 8 B.

Ammendorf: 10 Uhr v. Stein.

Büschdorf: 8 Uhr Ullmann.

— **Bei dem festlichen Jugendgottesdienst,** der am kommenden Sonntag vormittags 10 Uhr in der Domkirche stattfindet, wirken in der für den Zweck der Feier besonders gestalteten Liturgie auch die vereinigten Chöre der evangelischen Jungmädchen-Vereine von Halle, wie kürzlich beim großen Kirchenmusikfest, in Zahl von über 100 Sängerinnen unter Leitung von Pastor Hoffmann in Verbindung mit Streichorchester und Orgel mit. Die Predigt hält Domprediger Baumann. Auch die Erwachsenen aus sämtlichen hiesigen Gemeinden haben Zutritt.

— **Versammlung der Evangelischen Schulgemeinde.** Montag, den 17. Oktober, findet abends 8 Uhr im Reformrealgymnasium (Friesenstraße) eine Versammlung der Evangelischen Schulgemeinde Halle-Saale statt, zu der alle Mitglieder und Freunde herzlich eingeladen werden. Geheimrat Elze wird über das Thema sprechen: „Der deutsche Evangelische Kirchentag in Stuttgart und die Schule der Zukunft". Das Korreferat wird Geheimrat D. Eger halten, der gleichfalls an dem Kirchentage teilgenommen hat.

— **Aus der Johannesgemeinde.** Am Sonntag, den 16. d. M., soll in der Johanneskirche im Hauptgottesdienst die feierliche Amtseinführung des neugewählten Pfarrers Ernst Gueinigius durch Stadtsuperintendent Meinhof erfolgen. Der Gesangverein der Johannesgemeinde wird dabei mitwirken, und Pfarrer Gueinigius nach seiner Einführung seine Antrittspredigt halten. Er steht im 38. Lebensjahr und war 10 Jahre Pfarrer in Rieda bei Stumsdorf. Er ist der Sohn des Sup. a. D. und Pfarrers Gueinigius in Stumsdorf. Der Vater wird bei der Einführung des Sohnes assistieren.

— **Stadtmission.** Ueber „Keuschheit" spricht Pastor Winterberg am nächsten Sonntag abends 8¼ Uhr im Stadtmissionshause, Weidenplan 4.

Vereins-Nachrichten

— **Verband deutscher Kriegsveteranen** Halle a. S. und Umgebung. Sonntag, den 16. Oktober, nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal Kurze Gasse 1 Hauptversammlung. Aufnahme neuer Mitglieder, Wahlen, Sonstiges. Der Vorstand.

— **Deutscher Ostbund,** Ortsgruppe Halle. Die männlichen Mitglieder treffen sich Sonntag vormittag ½11 Uhr vor der Engelsbarbl-Brauerei, Wölbberger Weg 84, zwecks Besichtigung der Brauerei-Anlagen dieser Firma.

Was unsere Leser sagen

Der verschlossene Harz

Eine bemerkenswerte Anregung.

Uns wird geschrieben:

Seit diesem Sommer werden in dankenswerter Weise auf dem hiesigen Bahnhof wieder Sonntagsfahrkarten ausgegeben; dabei ist die Eisenbahnverwaltung den minderbemittelten Einwohnern von Halle noch besonders entgegengekommen, indem sie die Sonntagskarten auch für die 4. Wagenklasse ausgibt. Leider ist aber der Kreis der Stationen, nach denen die Karten ausgegeben werden, sehr eng gezogen. Früher war es möglich, nach dem Kyffhäuser, nach Stolberg oder sogar nach Thale auf Sonntagskarten zu gelangen. Heute ist Kösen die weitestgelegene Station, die mit Sonntagskarten zu erreichen ist. Der Harz ist den Hallensern also so gut wie ganz verschlossen. Für den Naturfreund ist das recht bedauerlich; der Harz bietet gerade im Herbstgewande dem Wanderer soviel Schönheit, daß der Mangel einer billigen Reisegelegenheit von jedem Naturfreund recht bitter empfunden wird.

Die Eisenbahn würde sich den Dank weitester Kreise verdienen, wenn sie die Sonntagskarte nach Frankenhausen oder Berga-Kelbra, nach Stolberg oder Thale und auch nach Sangerhausen ausgeben lassen wollte. Gerade von Sangerhausen bietet sich die billigste Gelegenheit zu einer Wanderung in den schönen Südharz (Grillenberg, Morungen, Wippra usw.), so daß diese Karte sicher stark benutzt werden würde. A. A.

„H.J." Sportberichte

Reit- und Fahrturnier am Sonntag, den 16. Okt.

Magdeburg, Rennbahn.

Die eingehenden Vorbereitungen zu dem Turnier, welche in der Vorprüfung am Sonnabend sowie der Hauptprüfung am Sonntag eine zweitägige Veranstaltung darstellen, sind beendet. Sie wird ein lebensvolles Bild des Reitsports in Magdeburg und der Provinz Sachsen geben. Die Besetzung der einzelnen Konkurrenzen, insbesondere der Springkonkurrenzen, ist derartig hoch, daß es auch für das breite Publikum Vielerlei und Reichhaltiges zu sehen geben wird. Die Veranstaltung beginnt am Sonntag mit einer Dressurprüfung, die zeigen soll, ob das Pferd gut geritten ist, ob es willig dem Reiter folgt, ob es so eingehend durchgearbeitet ist, daß es jeden Gedanken des Reiters leicht ausführen kann.

In den Springkonkurrenzen, welche im leichten Jagdsprungen die ungewöhnlich hohe Ziffer von 85 Unterschriften zeigen, sollen die Jagdpferde durch Ueberwinden von mehr oder weniger schweren Hindernissen zeigen, ob sie energisch und geschult genug sind, jede Art von Springen, die sich ihnen im Gelände entgegenstellen können, zu überwinden. Die Klassifizierung in den Springkonkurrenzen erfolgt in der Weise, daß den Pferden ein Anstoßen an die Hindernisse oder Herabwerfen des oberen leichtaufgelegten Teiles als Fehler berechnet wird. Wer am wenigsten Fehler begeht und in der kürzesten Zeit die Springbahn absolviert, gilt als Sieger. Die Jagd mit Auslauf wird in einer ungemein starken Reitergruppe — es sind insgesamt 85 Teilnehmer vorgesehen — die Schnelligkeit des Jagdpferdes über einen Kurs von 3500 Meter zeigen.

Interessant und befriedigend dürfte auch die Eignungsprüfung sowie Materialprüfungen für ein- und zweispännige Kutschgespanne, sowie auch einiger Vierergäge ausfallen. Auch einige Kaltblüter-Gespanne gelangen zur Vorstellung und sollen auf das ernste Streben der Kaltblutzucht in der Provinz hinweisen.

— **Hallesches Jugendderby.** V. f. L. 96 I. Jgd. gegen Sp. V. 98 I. Jgd. Auf dem 98er Platz treffen sich Sonntag ½10 Uhr die obigen Jugendmannschaften. Es ist mit Recht das Hallesche Jugendderby zu nennen, da beide Mannschaften bis jetzt den Kampf unter sich ausfochten. Sp. V. 98 wird wohl alles daran setzen müssen um V. f. L. die Punkte abzunehmen, was ihnen bis jetzt noch in keinem Spiele gelungen ist. Auch diesmal steht der Sieger noch nicht fest. In technischer Hinsicht werden sich wohl beide Mannschaften nichts nehmen. V. f. L. hat wohl einen schußfreudigeren Sturm, was aber 98 mit ihrer sicheren Verteidigung und Läuferreihe ausgleichen wird. Den besseren Torhüter hat V. f. L. zu verzeichnen, welcher in diesem Spiele Gelegenheit hat, sein Können zu beweisen. Die Resultate der V. f. L.-Mannschaft sind Sportfreunde 5 : 0, Favorit 2 : 1, Borussia 2 : 2, Sp. V. 99-Merseburg 1 : 0 und Wacker 2 : 1. Torverhältnis: 12 : 4. Die 98er stellen folgende Ergebnisse entgegen: Sp. V. 99-Merseburg 2 : 1, Borussia 2 : 1, Sportfreunde 0 : 0, V. f. L.-Merseburg 12 : 0 und Preußen-Merseburg 4 : 3. Torverhältnis 20 : 5. Unserer Ansicht nach mußte das Spiel unentschieden ausfallen. In dem etwaigen Sieger wird wohl der zukünftige Jugend-Saalekreismeister zu finden sein. Ein Besuch dieses Spieles ist sehr empfehlenswert.

— **Das neue Renn-Wettgesetz** gelangte im Reichsrat zur Beratung. Dem Gesetzentwurf des Reichsfinanzministeriums, der die Einführung der Buchmacher und ihre Besteuerung mit 10 Proz. vorsieht, war der Entwurf eines zweiten Gesetzes mit der Unterlage einer Reichswettzentrale gegenübergestellt, der von Preußen eingebracht war. Vom Reichsrat werden beide Gesetzentwürfe Ende des Monats an das Plenum des Reichstages zur Beratung und Beschlußfassung gelangen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110151-10/fragment/page=0003

Aus Mitteldeutschland

Gedenktage für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen

vom 16. bis 22. Oktober.

16. Oktober 1843 * Alsleben a. d. Saale Geh. Med.-Rat **Dr. med. Friedrich Ahlfeld**, o. Prof. d. Geburtshilfe und Gynäkologie a. d. Univ. **Marburg**. — **1864** * Arnstadt Geh. Reg.-Rat Dr. iur. **Rudolf Felix Barwinkel**, Fürstl. Landrat in Sondershausen. — **1869** * Groß-Salze bei Magdeburg Dr. phil., Dr. med. **Richard Eberlein**, o. Prof. d. Chirurgie a. d. Tierärztl. Hochschule Berlin.

17. Oktober 1858 * Heidelberg Geh. Reg.-Rat Dr. phil. Karl **Praechter**, o. Prof. d. klass. Philol. a. d. Univ. Halle. — **1879** * Helmstedt Prof. Dr. phil. Julius **Herweg**, Privatdozent f. Physik a. d. Univ. Halle. — **1885** † Halle Dr. phil. Karl Wilhelm **Voß**, 1865—85 nacheinander Probekandidat, Kollaborator und Oberlehrer a. d. Latina in Halle (* 11. 5. 1841 Wernigerode).

18. Oktober 1831 * Neues Palais bei Potsdam Kaiser **Friedrich III.** († ebenda 15. 6. 1888). — **1861** Krönung König **Wilhelms I.** zu Königsberg.

19. Oktober 1863 * Weimar Oberbibliothekar Dr. phil. Ernst **Weber**, Bibliothekar a. d. Univ.-Bibl. Halle.

20. Oktober 1857 * Hijadex a. d. Elbe Kaiserl. Geh. Reg.-Rat Dr. phil. Ferdinand **Wohltmann**, 1905—18 a. Prof. d. Landwirtschaft a. d. Univ. Halle, seit 1909 auch Direktor d. Landwirtschaftl. Instituts daselbst († 10. 4. 1919 Halle).

21. Oktober 1849 * Freienwalde a. d. Oder Dr. iur. Gustav **Arndt**, Geh. u. Oberbergrat a. D., em. o. Prof. d. deutschen Staatsrechts, Verwaltungsrechts, Kirchenrechts u. Völkerrechts, 1879—1900 Privatdozent und a. o. Prof. in Halle, zugleich Justitiar u. später stellvertretender Chef d. Oberbergamts daselbst, im Ruhestand in Charlottenburg. — **1850** * Waltersdorf in Thüringen Prof. Geh. Sanitätsrat Dr. med. Hugo **Haßler**, 1882—1920 Privatdozent f. Ohrenheilkunde a. d. Univ. Halle († 5. 4. 1920 daselbst). — **1882** * Kassel Prof. Dr. phil. Albert **Wigand**, Privatdozent f. Physik, physikalische Chemie u. Physik der Atmosphäre a. d. Univ. Halle.

22. Oktober 1729 * Dirschau Johann Reinhold **Forster**, berühmter Naturforscher u. Weltreisender, seit 1780 Prof. a. d. Univ. Halle († 9. 12. 1798 Halle; Forsterstraße in Halle). — **1844** * Halle Dr. med. Richard **Pott**, 1876—1903 Privatdozent und a. o. Prof. f. innere Medizin und Kinderheilkunde a. d. Univ. Halle († 25. 9. 1903 Wernigerode). — **1846** * Halle Kgl. Sächs. Geheimer Rat, Kgl. Preuß. Geh. Med.-Rat Dr. med., Dr. phil. h. c. Felix **Marchand**, 1900—21 o. Prof. d. allgemeinen Pathologie und pathologischen Anatomie a. d. Univ. Leipzig, 1876—79 Assistent am Pathologischen Institut und 1879 Privatdozent in Halle († 1921 Leipzig).

Angebliche Durchbrechung des Achtstundentages in Leuna

In letzter Zeit sind häufig Ansichten aufgetaucht ausgehend von der Arbeitsweise in den Leuna-Werken, nachdem die chemische Industrie den achtstündigen Arbeitstag nicht achten solle.

Für die durchlaufenden Betriebe der chemischen Industrie war stets in voller Uebereinstimmung mit den tariflichen Bestimmungen die 56-Stundenwoche unter strenster Wahrung des täglichen achtstündigen Arbeitstages notwendig. Nur unter großen Schwierigkeiten konnte in den Leunawerken zeitweilig zur Steuerung der damals starken Arbeitslosigkeit soweit nachgegeben werden, daß anstelle der 56-Stundenwoche die 48-Stundenwoche trat. Da die starke Arbeitslosigkeit sich ins Gegenteil gekehrt hat und der Arbeitermangel vorlag, wurde zur 56-Stundenwoche zurückgekehrt, was nach den tariflichen Bestimmungen durchaus zulässig ist und in keiner Weise eine Durchbrechung des achtstündigen Arbeitstages bedeutet, sondern nur die achtstündige Arbeitszeit an 7 Tagen mit 7×8 Stunden als 56-Stundenwoche ergibt.

Keine Einschränkung der altmärkischen Viehmärkte

Gardelegen, 14. Oktober.

Durch Verfügung des Oberpräsidenten wurden vor einiger Zeit von den zwölf in Gardelegen jährlich stattfindenden Viehmärkten acht aufgehoben. Das hatte in allen Kreisen der Bevölkerung große Erregung ausgelöst. Nun ist die Beibehaltung der 12 Pferdemärkte für die Stadt Gardelegen durch den Oberpräsidenten doch genehmigt worden. Eine Abordnung aus den verschiedensten Berufsständen war unter Führung des Landrats Böer bei der Regierung in Magdeburg, um dem unter Tausenden von Unterschriften niedergelegten Protest wirksameren Nachdruck zu verleihen. Der Oberpräsident konnte sich den Darlegungen über diese Lebensfrage der Stadt nicht verschließen und sagte die Beibehaltung der 12 Viehmärkte im Jahre zu.

— **Cöthen**, 18. Oktober. (Aus grauer Vorzeit.) Nach einer Meldung der „Cöth. Ztg." hat Kapellmeister Göttegeutz im Kreise Cöthen das Paläolithikum entdeckt. Damit wäre der Nachweis erbracht, daß schon vor 140 000 Jahren in dieser Gegend Menschen gewohnt haben.

— **Wittenberg**, 13. Oktober. (Feuer. — Einbrecher in der Gerichtskasse.) In der vergangenen Nacht ist auf dem Gelände der früheren Garnisonverwaltung ein größerer Schuppen, in dem wollene Decken der Reichsversorgungsverwaltung lagerten, völlig niedergebrannt. — Ein Einbruch wurde vergangene Nacht im Amtsgerichtsgebäude vollführt. Die Diebe haben sich durch einen Nachschlüssel durch den Haupteingang Einlaß in das Gebäude verschafft und sind in das Kassenzimmer eingedrungen. Den dort stehenden Tresor haben die Diebe angebohrt, scheinen aber gestört worden zu sein, denn sie konnten ihre Arbeit nicht vollenden. Der Arbeit nach sind es gewerbsmäßige Einbrecher.

d. **Quedlinburg**, 14. Oktober. (Vom Zuge überfahren) lassen hat sich hier ein unbekannter Mann auf der Strecke nach Suderode. Obwohl das Unglück sofort bemerkt und der Schwerverletzte von einem folgenden Zuge ins Krankenhaus gebracht wurde, ist der Lebensmüde dort verstorben. Er hatte keinerlei Papiere bei sich.

d. **Wernigerode**, 14. Oktober. (Ein Auto gestohlen.) Einem hiesigen Großkaufmann ist in der vergangenen Nacht ein Pkw.-Auto, ein sechssitziger Personenwagen im Werte von 220 000 Mark entwendet worden. Er trug das Kennzeichen I. M. 8193 und war elfenbeinfarbig lackiert, innen mit schwarzem Leder ausgeschlagen. Für Aufklärung des Diebstahls sind 20 000 Mark Belohnung ausgesetzt worden.

— **Oebisfelde**, 14. Okt. (Drei Kinder erdrosselt.) Wie wir bereits meldeten, sind hier die drei Söhne des Eisenbahners Winter in ihren Betten erdrosselt aufgefunden worden. Die Gerichtskommission, die sofort eine Untersuchung einleitete, nimmt bis jetzt an, daß die Kinder beim Spielen im Bett sich erdrosselt haben, doch sind die Ermittlungen nicht abgeschlossen. Die Leichen sind noch beschlagnahmt, da die Staatsanwaltschaft die Untersuchung noch nicht eingeleitet hat.

— **Camburg**, 14. Okt. (Die „bösen" Agrarier!) Obergutsmann Leiter in Frauenprießnitz hat sich bereit erklärt, der gesamten Beamtenschaft von Camburg den diesjährigen Kartoffelbedarf zum Preise von 40 Mark pro Zentner frei Keller zu liefern.

trk. **Ernstthal a. Rennsteig**, 14. Oktober. (Raubüberfall im Finstern Grunde.) Eine Fabrikbesitzersfrau aus Geiersthal wurde unterhalb des Bahnhofs Ernstthal plötzlich von einem unbekannten Manne überfallen, am Halse gewürgt, ins Gebüsch geschleudert und ihrer Sachen beraubt. Es fehlen zwei Handtaschen mit Inhalt, gegen 300 Mk. Geld, goldene Brosche, Ringe usw.

— **Kirchliches aus der Provinz.** Den bisherigen Kirchenältesten Joestel, Dornau, Groepler, Schulze, Zadny, Schroeter, Ahlert, Wegener, Meyer, Roemer, Huch, Annicke, sowie den Kantoren bzw. Kuestern Freywald, Jansen, Kaufmann, Beyer sind anläßlich ihres Scheidens aus dem Aeltestenamt bzw. Kirchenamt Dank und Anerkennung des Konsistoriums für geleistete treue Dienste ausgesprochen worden. — Gestorben ist der Sup. i. R. Hahmann. — Bestätigt wurden: Pfarrer Rottmann in Mühlhausen. Pf. Berger für Sollstedt, Bruessau für Rosian, Winkler für Großmittelsdorf. — Zum Organisten an der St. Andreaskirche in Eisleben wurde berufen und bestätigt Helmuth John aus Seifersdorf, Kr. Liegnitz, anstelle des als Universitätsmusikdirektor nach Göttingen gehenden Dr. Stephani.

Volkswirtschaftlicher Teil

Aktiengesellschaften

Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft. In Ergänzung unserer Mitteilung wird noch gemeldet, daß eine von Hugo J. Herzfeld geführte Kapitalistengruppe die ungefähre Mehrheit der 69 120 Mansfelder Kuxe aufgekauft habe. Von dieser Seite werde eine weitgehende Modernisierung sowohl der Metallhütten als auch der beiden westfälischen Zechen geplant. Behufs Aufbringung der hierfür erforderlichen beträchtlichen Geldmittel denkt man an die Umwandlung der Gesellschaft in eine Aktiengesellschaft, wobei eventuell auch die Firma Otto Wolf in Köln und die Metallbank in Frankfurt a. M. mitwirken werden.

Ilse Bergbau Akt.-Ges. in Grube Ilse (Niederlausitz). Die außerordentliche Generalversammlung hatte über den Antrag der Verwaltung Beschluß zu fassen, auf Verdoppelung des Aktienkapitals durch Ausgabe von 5 Millionen Mark Stammaktien und 25 Millionen Mark 6prozentiger Vorzugsaktien mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1922. Die Versammlung genehmigte einstimmig die Kapitalserhöhung, und zwar so, daß die Stamm- und Vorzugsaktien zu 100 Proz. von einem Konsortium übernommen werden — mit der Verpflichtung, beide Aktienkategorien mit der Maßgabe zum Kurse von 100 Proz. den alten Aktionären zum Bezuge anzubieten, daß auf je eine Stammaktie eine neue gleicher Gattung, auf zwei Vorzugsaktien eine neue Vorzugsaktie entfällt. Die verbleibenden 12,5 Millionen Mark neue Vorzugsaktien behält die Verwaltung, doch sollen auf Wunsch auch noch höhere Zuteilungen an die Aktionäre erfolgen.

★ **Uhlands technischer Verlag, G. m. b. H., Gera.** Die Anteile der G. m. b. H. sind von den Leipziger Graphischen Werken, Akt.-Ges., Leipzig-R., erworben worden; die Firma lautet jetzt Uhlands technischer Verlag, G. m. b. H., Leipziger Graphische Werke, Akt.-Ges., Leipzig. Der gesamte Zeitungsbetrieb, umfassend die Zeitschriften „Praktischer Maschinen-Konstrukteur" — „Der Werkzeugmaschinenbau" vereinigt mit dem „Anzeiger für den Maschinen- und Werkzeughandel", sowie „Metallbearbeitung und Gießereitechnik" ist nach Leipzig-R., Oststraße 40—46, verlegt worden. Der letzteren Zeitschrift sind zwei umfangreiche Beilagen „Elektro-Metallurgie" und „Emaillertechnik" angegliedert, die Spezialgebiete der Metallbearbeitung behandeln, welche bisher nur wenig in der Zeitschriftenliteratur gepflegt wurden.

Industrie, Handel, Handwerk

Lohnherabsetzung in der Schweiz. Nach den Baseler Nachrichten hat der Verband der Baseler chemischen Industrie am 12. Sept. d. Js. seinen Arbeitern mitgeteilt, daß er angesichts des andauernd schlechten Geschäftsganges und in Betracht des schon seit längerer Zeit erfolgten Rückganges der Teuerung um etwa 15—20 Proz. sich genötigt sähe, mit Wirkung vom 15. Sept. ds. Js. ab die bisherigen Zulagen um 20 Proz. zu kürzen, d. h. das Gesamteinkommen durchschnittlich um 5 Proz. zu reduzieren. Von einem stärkeren, dem Maß des Teuerungsrückganges entsprechenden und an sich gerechtfertigten Abbau der Zulagen wurde abgesehen, weil in vielen Betrieben eine Einschränkung der Arbeitszeit notwendig geworden war. Die bedauerliche Kürzung der Arbeitszeit war begründet durch das Stocken des Absatzes und die schlechte Gesamtkonjunktur infolge der Konkurrenz der valutarisch tieferstehenden Länder, insbesondere Deutschlands. Um die Absatzmöglichkeit zu heben, müßte nach billigerer Produktion getrachtet werden. Nur so könnte ein Vergleich geschaffen werden. Da dies im Interesse der Arbeit liege, müsse das Opfer der Lohnkürzung von 5 Proz. getragen werden, was infolge des Teuerungsrückganges nicht allzu schwer sein könne.

Preiserhöhung für Montanwachs. Die Montanwachserzeuger erhöhten ihre Fabrikverkaufspreise für Montanwachs auf 600 Mk. bei Ladungsbezügen und auf 620 Mk. bei Stückgutbezügen je 100 Kilogramm ab Werk.

★ **Künstliche Düngemittel.** Im Reichsgesetzblatt werden Aenderungen der „Liste der Düngemittel und Preise" veröffentlicht.

★ **Bewirtschaftung von Leichtöl, Rohbenzol, Benzol und Toluol.** Das Reichsgesetzblatt Nr. 100 enthält Höchstpreisänderungen und Gebührenfestsetzungen.

Kartoffeln. Erzeugerpreis ab märkischen Stationen für weiße und rote Speisekartoffeln 58—60, Großhandelspreis für dieselben — frei Berlin — 64—66 Mark. Gelbfleischige nicht notiert.

Geldmarkt und Banken

S. **Anhaltische Dessauische Landesbank.** Die gestrige außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Aktienkapitals um 12 Millionen Mark junger Aktien mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1922 ab, von denen die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt Leipzig 6 Millionen Mark zum Kurse von 145 übnimmt, während die restlichen 6 Millionen Mark zum Kurse von 125 den Aktionären der Bank im Verhältnis von 3:1 angeboten werden. In den Aufsichtsrat wurden gewählt der Direktor der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt, Kommerzienrat Petersen, Staatsminister a. D. Exzellenz Dr. Gutknecht, sowie Generaldirektor der Deutschen Kontinental-Gasgesellschaft in Dessau, Baurat Heck.

Vom rheinisch-westfälischen Wertpapiermarkte. (Mitteilungen des Bankhauses Gebrüder Stern, Dortmund.) Während in der abgelaufenen Woche an den großen Börsen sich die Unsicherheit noch verstärkt hat, geriet der Kurenmarkt in eine lebhafte aufwärtsbewegung. Die Ursache hierfür lag in günstigen Meldungen über die Entwicklung der Kaliindustrie und in den mannigfachen Angliederungsplänen, die den Kohlenbergbau gegenwärtig in Atem halten. Die günstigen Aussichten, die der hiesige Markt infolge der vorstehend angeführten Gesichtspunkte für die nächste Zeit bietet, veranlaßten die Wertpapierbesitzer vielfach, ihren Bestand an Berliner Werten in solche des Kuxenmarktes umzutauschen, wodurch die Wucht und Nachhaltigkeit der Bewegung wesentlich gefördert wurde. Viel bemerkt wurde die kürzlich vollzogene Aenderung des Berggesetzes, wonach eine Teilung der Kuxzahl künftighin gestattet sein wird, eine Neuerung, die für den Markt große Bedeutung gewinnen könnte. Am Kohlenkuxenmarkte lag das Gebiet der schweren Werte im allgemeinen vernachlässigt, jedoch konnte sich der Preisstand ungefähr behaupten. Für mittlere Werte entwickelte sich ein äußerst lebhaftes Geschäft, wozu die sich anbahnenden Zusammenschluß-Bestrebungen den Anstoß gaben. Große Käufe wurden in Johann Deimelsberg, Heinrich, Gottessegen, Caroline, Admiral und Blankenburg vorgenommen, die Steigerungen bis zu 10 000 Mark aufwiesen. Linksrheinische Werte zeigten zur Schwäche und mußten einen Teil ihrer in der Vorwoche erzielten Steigerung wieder hergeben. In Aktien Bergbau-Aktien fanden sehr große Umsätze zu anfangs anziehenden, später jedoch abgeschwächten Preisen statt. Lothringen-Bergbau-Aktien büßten gleichfalls etwa 30 Prozent ein. Im Braunkohlenmarkte wurden die mitteldeutschen Unternehmungen billiger zum Verkauf gestellt. Im übrigen waren die Umsätze geringfügig. Dem Kalimarkte fürten Meldungen über den nunmehr vollzogenen ersten Abschluß mit Amerika zahlreiche Käufer zu. Obgleich das erste Geschäft verhältnismäßig bescheidenen Umfanges ist, so hofft man doch, nachdem der Bann gebrochen ist, auf eine fortlaufende Belebung des amerikanischen Absatzes und knüpft hieran weitgehende Erwartungen. Auf der ganzen Linie entwickelte sich eine ausgedehnte Aufwärtsbewegung. Von schwerer Werten wurden große Käufe in Glückauf-Sondershausen, Alexandershall, Heiligenrode und Kaiseroda, Burbach und Bergmannssegen vorgenommen während Neustaßfurt weniger beachtet wurden. In Mittelwerten gelangten umfangreiche Aufträge zur Erledigung. Besonders hervorzuheben waren die Werte der Wilhelm Sauer-Gruppe, von denen Hugo etwa 18 000 Mark, Hohenfels etwa 7000 Mark, Erdölsegen etwa 3500 Mark gewannen. Die Umsatztätigkeit erstreckte sich ferner auf die Werte der Gumpel-Gruppe, weiter auf Polkenroda, Einigkeit, Siegfried I, Salzmünde, Walbeck, Felsenfest, Hüpstedt, Hans Silberberg, Desdemona u. a., die sämtlich Gewinne von mehreren tausend Mark erzielten. Elsässische Werte bleiben ohne nennenswerte Veränderung. Am Kali-Aktienmarkte vollzogen sich große Umsätze in Adler, Hallesche, Heldburg, Krügerhall, Ronnenberg und Sigmundshall, die durchschnittlich eine 20—30 Proz. höher wurden. Am Markte der Freiverkehrswerte waren Automobilwerte bevorzugt. Große Nachfrage entwickelte sich nach Nordbeutsche Unionwerke-Aktien, die auf Meldungen über günstigen Geschäftsgang etwa 50 Prozent gewannen und darüber hinaus begehrt blieben. Benz- und Hansa-Lloyd-Aktien erzielten vorübergehend eine Steigerung von etwa 70 Prozent, die sie nicht ganz aufrecht erhalten konnten. In schwerfesten Preisen waren Chemische Mehnam'a, Flender, Stahlwerk Becker, Kabelwerke Rheydt, Borsdorf, Alsberg, Jordan u. Berger u. a. im Verkehr. Mansfelder Kuxe setzten ihre Aufwärtsbewegung fort und verließen die Woche mit einem Gewinn von etwa 1500 Mark.

w. **Berliner Börse in der nächsten Woche.** Laut Beschluß des Börsenvorstandes findet in nächster Woche am Montag, Mittwoch und Freitag Vollbörse statt. Es werden an diesen Tagen für alle Papiere Kurse notiert.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 14. Oktober.

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen:
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 26—27.
Haferstroh drahtgepreßt 26—31, Stroh seilgebündelt 21—23.
Langstroh seilgebündelt 23—28,
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 71—78, gut, gesund und trocken (Nachmahd) 69—72, gesund und trocken, 57—62,
Kleeheu 90—100, alles ab Stationen.

Produktenbericht. Berlin, 14. Oktober. Am Produktenmarkte richtete sich auch heute die Tendenz nach der Bewegung am Devisenmarkte. Allerdings zeigte sich wenig Unternehmungslust. Mit der eingetretenen Abschwächung des Dollarkurses machte sich bei verminderter Nachfrage eher Neigung zur Preisermäßigung bemerkbar. Die Umsätze hielten sich in zumeist engen Grenzen. Roggen wird weiter für Schlesien gekauft. Die Preisforderungen lauten im allgemeinen hoch. Auch Gerste behauptet den hohen Preisstand. Die Knappheit in Hafer ist noch nicht behoben. Der Konsum mußte teurere Preise anlegen. Mais erfuhr nachmittags einige Abschwächung. Mehl war sehr ruhig. Hülsenfrüchte wurden nur wenig umgesetzt. Futterstoffe blieben meist fest.

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 14. Okt. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer 99—99,3%	3425/3450	Zinn (Banca-Straits-Austral)	8500/8600
Orig.-Hütt.-Weichblei	1225/1250	Hüttenzinnmind. 99%%	8300/8400
Orig.-Hütten-Rohzink im freien Verkehr	1425/1450	Reinnickel (98-99%)	7000/7100
Remelted-Platt.-Zink	1100/1125	Antimon (Regulus)	1400/1450
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöcken)	5200/5300	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	2800/2850
Orig.-Hütten-Alumin. in Walzdraht od. Drahtbarren	5400/5500	Elektrolytkupfer n. 100 kg	125
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte Preis des Zinkhüttenverbandes	

Devisen-Notierungen

Berlin, 14. Oktober.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	4635,35	4644,65	Paris	—,—	—,—
Brüss.-Antwerp.	1014,95	1017,05	Schweiz	—,—	—,—
Christiania	1688,30	1691,70	Spanien	—,—	—,—
Kopenhagen	2627,35	2632,65	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	3196,80	3203,20	Oesterr. abgest.	6,75	6,8
Helsingfors	209,75	210,25	Prag	146,85	147,4
Italien	536,85	538,05	Budapest	20,72	20,8
London	544,45	545,55	Poln. Mark	3,65	—,—
New-York	138,73½	140,01½	Buenos Aires	44,95	45,05

Die Mark im Auslande

Für 100 deutsche Mark wurden bezahlt:

in	Vor dem Kriege	Mitte vor. Woche	Mitte d. Woche	Währung
Nordamerika	24,50	0,81	0,81½	Dollar
England	97,50	3,113	4,301	Schilling
Frankreich	125,40	11,57	11,25	Francs
Italien	125,40	20,—	20,40	Lire
Holland	69,20	2,49	2,49	Gulden
Oesterreich	117,80	2107,—	1515,—	Kronen
Tsch.-Slowakei	117,80	74,—	73,50	Gulden
Ungarn	117,80	555,—	540,50	Kronen
Schweiz	126,40	4,63	4,52½	Francs
Schweden	88,80	3,65	3,57	Kronen
Norwegen	88,80	6,75	7,—	Kronen
Dänemark	88,80	4,60	4,45	Kronen
Finnland	126,40	54,64	54,05	finn. Mark
Mexiko	4,19	60,—	88,—	Peso

Die Kursgestaltung der Mark ist entsprechend der schwankenden Haltung am Devisenmarkt weiterhin unein heitlich gewesen.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten Ernst Wesserschmidt; den volkswirtschaftlichen Teil: Hermann Hal; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport: Hans Hetling; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung, sowie den übrigen unpolitischen Teil: Ernst Sellheim. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallenschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192110151-10/fragment/page=0004